

Artikel von Das Beffchen

„Kirche der Freiheit“ – Abgesang auf ein kirchliches Altpapier

2015-08-26 18:08:59 Andreas Reinhold

2007, ein Jahr nach Erscheinen des Impulspapiers „Kirche der Freiheit“, legte Florian Lenz in seiner Diplomarbeit ((Kirche der Freiheit? – Eine religions- und organisationssoziologische Analyse des Impulspapiers der EKD, GRIN Verlag GmbH 2013)) eine religions- und organisationssoziologische Analyse des Dokuments vor, die im Nachhinein ein interessantes Licht auf die Entwicklung der vergangenen Jahre in unseren Landeskirchen wirft. Er kommt seinerzeit zu dem Schluss, dass die von Huber & Co. verantworteten Reformideen nur dann erfolgreich umgesetzt werden könnten, wenn sich die Evangelische Kirche eine neue Organisationsstruktur zu eigen machen würde:

Da sie (die EKD, Anm. des Autors) nach ihrem Selbstverständnis (...) keine Kirche mit Hierarchie ist, können Reformen nicht wie in einem Wirtschaftsunternehmen von oben verordnet werden, sondern sich nur langsam unter Einbeziehung vieler Interessengruppen von unten vollziehen.

Und:

Institutionalisierte Einflussmöglichkeiten auf innere Angelegenheiten der Landeskirchen besitzt sie (die EKD, Anm. des Autors) jedoch nicht, denn diese sind autonome Körperschaften.

Um das „Problem“ zu lösen, gab Lenz folgenden Tipp:

In dieser Hinsicht wäre es eine Überlegung wert, über ein Mehr an Bürokratie und Hierarchie in der EKD nachzudenken (...) stärker ausgeprägte Hierarchien mit entsprechenden Kompetenzen würden manch einen Aspekt des aufgezeigten Reformprozesses vereinfachen.

Nach neun Jahren können wir konstatieren: Die EKD und ihre Landeskirchen haben in dieser Hinsicht ganze Arbeit geleistet! Obwohl z.B. die Evangelische Kirche im Rheinland offiziell nichts von einer Umsetzung des Impulspapiers wissen will (Aussage von Präses Rekowski auf der Veranstaltung „Kirchenleitung im Gespräch“ in Oberhausen im September 2013), hat sie die Vorgaben mustergültig realisiert. Nicht nur das Neue Kirchliche Finanzwesen und die Verwaltungsstrukturreform zeugen davon. Auch die Genehmigungspflicht der Haushalte (Gemeinden gegenüber dem Kirchenkreis, Kirchenkreise gegenüber der Landeskirche) beweisen das, deren Ausübung aus praktischen Gründen nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben wurde.

Damit ist aber klar: Die Umbauprozesse sind in der Tat nicht von der Basis her konzipiert, sondern folgen den Mechanismen eines Großkonzerns in klassischer Top-Down-Manier. Abgesehen davon, dass dies mit der evangelischen Grundüberzeugung einer sich von unten aufbauenden Kirche nicht vereinbar ist, hinterlassen die initiierten Reformprozesse mittlerweile irreparable finanzielle und personelle Kollateralschäden, die den erhofften Nutzen zunichte machen.

„Zielorientierung steht im Mittelpunkt.“

Darüber hinaus formen sie unsere Kirche zu einer Organisation, die sich mehr und mehr von ökonomischen Gesichtspunkten leiten lässt. Insofern ist die Einführung des Neuen Kirchlichen Finanzwesens nur konsequent gewesen, auch wenn die Systematik der Doppelten Buchführung nicht unmittelbar kompatibel ist mit kirchlichen Strukturen und Inhalten. Beispielhaft sei an dieser Stelle die berühmt-berüchtigte „Linke Seite“ und die hier zu formulierenden „Ziele“ genannt. Schließlich ist es mehr als abenteuerlich, den Erfolg an Sachzielen wie „Zufriedenheit der Kirchenmitglieder“ oder „Verkündigung des Wortes Gottes“ ([NKF-Infobrief Mai 2013 des Kirchenkreises Altenkirchen](#)) zu bemessen. Da helfen auch solch gut gemeinten Ratschläge wie die von Dr. Lars Tutt, Leitender Dezernent des Finanzdezernats im Landeskirchenamt, nicht, der vorschlägt, „geistliche Qualitäten – wie etwa im Gottesdienst oder in der Seelsorge“ mit „Like-it-Button auf der Facebook-Seite der Gemeinde“ oder am „Kollektenaufkommen“ oder gar an „der Zahl der Seelsorgegespräche“ zu bewerten ([ekir.info Nr. 6 / Dezember 2014, S. 12](#)). Wer sich dann noch mit kommunalen Mitarbeitern austauscht, die das Procedere der Buchhaltungsumstellung schon hinter sich haben, weiß, worum es bei NKF in Wirklichkeit geht: um (Erfolgs-)Kontrolle. Was an sich nicht unbedingt verwerflich ist, wird spätestens jedoch dann äußerst fragwürdig, wenn man beobachtet, wer am Ende wen kontrolliert!

Und da sind wir wieder bei der Verwaltung, die inzwischen nicht nur erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen bindet, sondern merklich an Einfluss auch in die Gemeindearbeit vor Ort gewonnen hat, obwohl sie sich aufgrund der Zentralisierung aus diesen zurückziehen musste. Was sie daraus macht, liegt auch daran, welches Selbstverständnis sie von sich hat und welche Ziele sie verfolgt. Auch hierzu sei Florian Lenz zitiert:

Gewählte Führungen kommen und gehen, die bürokratische Verwaltung aber bleibt. Dies gilt auch für die EKD. Es bleibt zu diesem Zeitpunkt Spekulation, welche Interessen die bürokratischen Verwaltungsorgane der EKD und der Landeskirchen haben und welchen Einfluss sie in Bezug auf die Leuchttürme geltend machen werden. Es ist aber davon auszugehen, dass bei einer Fusion von Landeskirchen auch Verwaltungsstrukturen aufgelöst werden. Selbsterhaltung und somit Arbeitsplatzsicherheit der Mitarbeitenden in der Verwaltung wird daher mit Sicherheit ein Interesse der Verwaltung sein.

Schon 1970 hat es ja den Versuch auf der Synode in Stuttgart gegeben, die EKD-Organen durch eine Bundeskirche zu stärken. Damals haben sich die Landeskirchen erfolgreich dagegen gewehrt, da sie – man höre und staune! – eine Zunahme des Zentralismus und somit eine Abnahme ihrer Autonomie befürchteten. Gut 35 Jahre später scheinen sich solche Ängste unter dem Dauerbeschuss von negativen, jedoch sich nicht bewahrheitenden Prognosen, verflüchtigt zu haben. Willig werden Vorgaben, wie sie – ebenfalls 2006(!) im „Erweiterten Solidarpakt“ von der EKD diktiert sind, umgesetzt ([Beschlusstext veröffentlicht unter wort-meldungen.de](#)). Dass solche Vereinbarungen an Landessynoden vorbei getroffen und Presbyterien über solche Vorgänge nicht informiert wurden, gibt dem ganzen Sachverhalt ein gewisses unprotestantisches Gschmäckle und widerspricht der viel gepriesenen und versprochenen Transparenz.

„Das christliche Liebeshandeln wird dann undeutlich, wenn die christlichen Wurzeln in Vergessenheit geraten und der gemeinnützige Liebesdienst einer Unternehmensorientierung zum Opfer fällt, welche Effizienz und Kosten- und Leistungsrechnung zu Maßstäben macht.“

Kurz vor ihrem 10-jährigen Jubiläum und zwei Jahre vor dem Reformationsjubiläum scheint sich aber selbst in höheren Etagen die Erkenntnis durchzusetzen, dass mit „Kirche der Freiheit“ ein Dokument Einzug gefunden hat, das ein ungesundes und wesensfremdes wirtschaftliches Denken etablierte. Siegfried Eckert hat mit seinem Buch „[2017. Reformation statt Reförmchen](#)“ einen vielbeachteten Anfang gemacht. Laut [wort-meldungen.de](#) hat nun auch der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche Hessen-Nassaus, Volker Jung, ein vernichtendes Urteil über die Intention des Papiers gefällt und es knapp auf den Punkt gebracht:

„Die Parole „Wachsen gegen den Trend“ habe viel Druck gemacht und keinen Nutzen gebracht.“

Darüber hinaus kritisierte er auch den auf Leitungsebene schier unerschütterlichen Glauben an langfristige Prognosen, mit denen die Umbauprozesse bis heute als alternativlos begründet werden:

Jung distanziert sich vom Impulspapier „Kirche der Freiheit“ und der darin enthaltenen „einfachen Formel“ wonach in einem gegebenen Jahr 2030 die Mitgliederzahl und Finanzkraft der Kirche sinken würden: „Niemand wagt heute mehr eine Finanzprognose. Die

tatsächliche Entwicklung der Finanzkraft hat sich zum Glück nicht so bestätigt wie prognostiziert. Die Finanzkraft sei nicht nur von der Mitgliederzahl abhängig. Bei guter wirtschaftlicher Situation verzeichnet die ev. Kirche auch bei Mitgliederschwund hohe Einnahmen.“

Jung ist beileibe nicht der einzige, der sich so deutlich vom Impulspapier distanziert. Lediglich Thies Gundlach, Vizepräsident der EKD, tingelt landauf, landab durch die Gegend, preist dessen Innovationspotenzial und verteidigt es tapfer gegen jede Kritik. Doch auch er wird eines Tages feststellen müssen, dass dieses Papier nicht selbiges wert gewesen ist, auf dem es geschrieben wurde. Allerdings hört man Kritik meist nur hinter verschlossenen Türen, auf schallgedämpften leeren Fluren der Landeskirchenämter oder wenn das Mikrofon ausgeschaltet ist. Und in Düsseldorf – so kann man in einem Beitrag im PräsesBlog unschwer nicht nur zwischen den Zeilen lesen – **will man das leidige Thema gleich ganz ad acta legen und sich am liebsten erst gar nicht damit auseinandersetzen.** Nachzuvollziehen ist das. Denn würde man Kritik von landeskirchlicher Leitungsebene laut und bis zur Basis hörbar äußern, müsste man sich schließlich auch einer öffentlichen Diskussion über die Vielzahl an negativen Folgen aussetzen, die gerade in den Kirchengemeinden zu spüren sind, ohne das die wirklich festmachen können, woraus sie resultieren.

„Reformen werden nicht von oben verordnet, sondern vollziehen sich von unten her.“

Dies wäre aber ein notwendiger Reinigungsprozess, der Voraussetzung dafür ist, dass adäquate Reformen angestoßen werden – und zwar dieses Mal von unten! Denn nicht nur die 5. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung macht deutlich, wo Kirche verortet ist: in den Gemeinden und in den Diensten und Werken, die

für jedermann ersichtlich konkrete Arbeit am Menschen leisten. EKD, Landeskirchen, ja selbst Kirchenkreise bleiben für die meisten abstrakte Größen, die nur wenig Bindungskraft entwickeln. Die besitzen aber nachweislich immer noch die Kirchengemeinden vor Ort (auch wenn Thies Gundlach das, wie auf einer Podiumsdiskussion in Bonn geschehen, vehement bestreitet). Deshalb ist auch dort zu entscheiden, wie den aktuellen Herausforderungen begegnet werden soll. Notwendig wäre hierfür eine direktere Kommunikation zwischen Kirchenleitung und Landessynode auf der einen und Presbyterien auf der anderen Seite.

Mit „Kirchenleitung im Gespräch“ wurde zwar ein zaghafter Anfang gemacht, jedoch glichen diese Abende mehr einer Alibiveranstaltung als einer Diskussion auf Augenhöhe. Auch das ist m.E. die Folge eines neuen Verständnisses von „Leitung“, die auf der Grundlage von „Kirche der Freiheit“ mehr und mehr als „Führung“ interpretiert wird. Umso mehr gilt es, den wahren Charakter dieses Dokuments offen zu legen (so wie es z.B. im Wormser Wort ausformuliert ist), die durch das Impulspapier initiierten Umbaumaßnahmen ehrlich und offen auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen, wo es noch nicht zu spät ist, eingeleitete kontraproduktive Maßnahmen zu stoppen bzw. zu modifizieren, um dann endlich – endlich! – einen Aufbruch zu wagen, der dort seinen Ausgangspunkt nimmt, wo Kirche Jesu Christi den Menschen am nächsten kommt. Vielleicht schaffen wir das noch bis 2017 – schön wär's!